

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Mehr DDR-Flüchtlinge

Die West-Berliner «Arbeitsgemeinschaft 13. August» hat am Freitag berichtet, dass die Zahl der DDR-Flüchtlinge im ersten Quartal 1988 gegenüber dem Vorjahr gestiegen sei. In diesem Zeitraum hätten 2775 DDR-Bürger gegenüber 1553 im Vorjahr die Grenze überschritten.

Sitzblockaden strafbar

Die Sitzblockaden sind laut dem west-deutschen Bundesgerichtshof in Karlsruhe strafbar. Der Beschluss ist am Freitag veröffentlicht worden und besagt, dass die Fernziele an der Rechtswidrigkeit der Nötigung durch Sitzblockaden nichts ändern.

Keine Ergebnisse in Surinam

Die niederländische und die surinamische Regierung haben über die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe verhandelt. Diese ist vor sechs Jahren abgebrochen worden.

Südtirol-Bestimmungen

Die italienische Regierung hat am Freitag in Rom die letzten wichtigen Bestimmungen über die Autonomie in Südtirol verabschiedet. Regionalminister Maccanico sprach von einer «wirklich neuen Phase». Das Südtirol habe ein Autonomierecht, das es nirgends sonst auf der Welt gebe. Italien habe seine Verpflichtungen erfüllt.

Ein Vorschlag zum Schutz für die Gebirgsflora in Liechtenstein

Unser ganzes Berg- und Alpengebiet soll auf der Grundlage einer Verordnung zum Pflanzenschutzgebiet erklärt werden

Die Botanisch-Zoologische Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg e. V., der Liechtensteiner Alpenverein, die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz und die Vereinigung für eine gesunde Heimat haben zum Schutz für die Gebirgsflora eine Eingabe an die Regierung gemacht. Darin vertreten sie die Ansicht, dass die Gebirgsflora eines integralen Schutzes bedürfe, damit nicht wiedergutzumachende Verluste vermieden werden könnten.

Sie schlagen als dringliche Massnahme vor, das ganze Berg- und Alpengebiet auf der Grundlage einer Verordnung, die sich auf das Naturschutzgesetz stützt, zum Pflanzenschutzgebiet zu erklären, wobei die Wald- und Weideflächen und die Schafweiden, die im Rahmen der Berglandsanierung bzw. aufgrund des Schafalpingutachtens aus dem Jahre 1983 ausgeschieden worden sind, ausgenommen bleiben sollten.

Begehren begutachtet

Wie uns Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, in dessen Ressortzuständigkeit dieses Sachgeschäft fällt, mitteilt, ist das Begehren eingehend begutachtet worden, wobei sich auch die zuständigen Stellen und die Naturschutzkommission mit dem Anliegen befasst hatten. Der Vorschlag, wie ihn die Regierung in die Vernehmlassung gegeben hat, besteht in einer Verordnung zum Naturschutzgesetz, die das ganze Alpengebiet im Ausmass von 6280 ha als Pflanzenschutzgebiet erklärt. In diesem Pflanz-



Der Vorschlag zum Schutz unserer Gebirgsflora zielt dahin, das ganze Berg- und Alpengebiet auf der Grundlage einer Verordnung zum Pflanzenschutzgebiet zu erklären. Darin wäre es untersagt, wildwachsende Pflanzen und deren Produkte zu pflücken, auszureissen, auszugraben oder in anderer Art zu beschädigen oder deren Lebensräume zu zerstören. (Archivbild)

schutzgebiet wäre es untersagt, wildwachsende Pflanzen und deren Produkte zu pflücken, auszureissen, auszugraben oder in anderer Art zu beschädigen oder deren Lebensräume zu zerstören. Von diesem Verbot wären ausgenommen die Beweidung der ausgeschiedenen Weideflächen mit Gross- und Kleinvieh und deren normale alpwirtschaftliche Pflege und Nutzung, die normale forstwirtschaftliche Pflege und Nutzung, die normale landwirtschaftliche Nutzung der Wiesen von Malbun, Gross- und Kleinsteg und Silum sowie die Erstellung von Bauten und Anlagen im Rahmen der Bauvorschriften.

Die Nutzung des Alpengebietes erfolgt in vielfältigster Art und Weise: Bestosung der Alpweiden, Nutzung der Alp-

weiden durch das Schalenwild, Freizeit- und Wochenend-Naturbedürfnis sowie Sommer- und Wintertourismus. Interessenskonflikte bleiben nicht aus, wie dies eindrücklich die Eingabe der vorgenannten Vereinigungen unterstreicht. Die Notwendigkeit einer für alle Kreise verbindlichen Lösung scheint unbestritten zu sein.

Schutz der Lebensräume

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hob beim Lösungsvorschlag insbesondere die Tatsache hervor, dass er dem Schutz der Lebensräume diene, die von dem Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume gefordert werde. Im Rahmen der Naturschutzaktivität komme dem Schutz der Lebensräume eine tragende Bedeutung zu. Im Vordergrund stünde nicht das Einzellebewesen, sondern die Landschaft als Ganzes. Dazu komme, dass ein das ganze Alpengebiet umfassende Pflanzenschutzgebiet mehreren kleineren Schutzgebieten vorzuziehen sei, um den Vollzug zu vereinfachen und sicherzustellen.

Zum Verordnungsvorschlag zum Schutze der Gebirgsflora werden sich in der nächsten Zeit die Gemeinden und Alpengenossenschaften als Grundeigentümer sowie die betroffenen Ämter und Organisationen zu äussern haben. Es wird auch für diese Kreise, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille uns gegenüber erklärt hat, eine Orientierungsversammlung stattfinden.

Das Benzin wird um zwei Rappen teurer

Zürich (AP) Das Benzin wird in Liechtenstein und der Schweiz erneut teurer. Als erste Benzinfirma hat am Freitag die Mineralölgesellschaft BP Schweiz eine Erhöhung der Referenzpreise um zwei Rappen auf 1,05 Franken für einen Liter Super und 98 Rappen für einen Liter Bleifrei angekündigt. Die neuen Preise gelten ab kommenden Montag. Als Grund für die Preiserhöhungen werden höhere Notierungen am Rotterdamer Spotmarkt angegeben. Der Referenzpreis für Diesel bleibt bei 1,03 Franken. Letzmal waren die Preise am vergangenen 13. April um ebenfalls zwei Rappen angehoben worden.

Unabhängige Partei in Jugoslawien gegründet

Ljubljana (spk/dpa) In Jugoslawien ist die erste Partei gegründet worden, die vom Bund der Kommunisten unabhängig ist. Das berichtete am Freitag die amtliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug.

Danach haben in der Republik Slowenien über 1000 Landwirte den «Slowenischen Bauernbund» und den «Bund der slowenischen Bauernjugend» aus der Taufe gehoben. Beide Bünde verstehen sich als Interessenvertretung mit klaren politischen Forderungen.

«Die hier versammelten Bauern haben kein Vertrauen in die Bundesregierung», heisst es in der Gründungserklärung.

Neue INF-Hürden nach langen Verhandlungen ausgeräumt

US-Aussenminister unterrichtete Verbündete in Brüssel über die Gespräche in Genf

Brüssel (AP) Wenige Stunden nachdem US-Aussenminister George Shultz in Genf die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets hinsichtlich der Verwirklichung des amerikanischen-sowjetischen Vertrags zur Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen (INF) bekanntgegeben hatte, sind neue Schwierigkeiten aufgetaucht, wie der Minister am Freitag mitteilte. Der neue Streit beschäftigte die amerikanischen und sowjetischen Unterhändler praktisch die ganze Nacht, ehe er kurz nach Morgengrauen ausgeräumt werden konnte.

«Sie sind harte Unterhändler», sagte Shultz in einer Pressekonferenz im Brüsseler NATO-Hauptquartier. «Sie stellen unsere Geduld auf die Probe.» Der Minister warf den Sowjets keinen bösen Willen vor, betonte jedoch, dass die Vereinigten Staaten während des Prozesses der Vertragsverwirklichung auf der Hut bleiben würden.

Bei der jüngsten Auseinandersetzung ging es um die Grösse von Containern, die das sowjetische Raketenmontagewerk

in Wotkinsk verlassen können, ohne der Inspektion seitens der USA unterworfen zu werden. Die vorangegangene Einigung über zehn technische Probleme war bereits zur Weiterleitung an den Senat nach Washington übermittelt worden, der am Dienstag die Debatte über die Ratifizierung des INF-Vertrags auf unbestimmte Zeit verschoben und dies damit begründet hatte, dass noch nicht alle Fragen zur Überprüfbarkeit des Vertrags hinreichend klar beantwortet seien.

Shultz hatte am Donnerstagabend vor der Presse in Genf gesagt: «Wir haben eine völlig zufriedenstellende Übereinkunft über all diese Fragen erreicht.» Mit sichtlicher Erleichterung fügte er hinzu: «Ich hoffe, ich habe bei diesen Ministertreffen zum letztenmal etwas von INF gehört.»

Danach hätten die Sowjets den amerikanischen Delegierten Maynard Glitman anrufen und eine Revision der Vertragsbestimmung über die Grösse der Container verlangt. Dabei geht es darum, ob amerikanische Inspektoren Container

kontrollieren dürfen, die gross genug sind, Raketenstufen, aber nicht die kompletten Raketen zu enthalten. Der Streit sei schliesslich um 07.00 Uhr früh beigelegt worden, sagte ein Mitglied der US-Delegation. Die USA hätten sich mit einer Vergrösserung der zulässigen Containerabmessungen um 66 Zentimeter einverstanden erklärt, was weit unter der sowjetischen Forderung liege. Ein weiterer Streitpunkt war zuvor die Bewegungsfreiheit der Kontrolleure in den ausgewiesenen Raketenlagerstätten gewesen.

Der Gewährsmann sagte, die Vereinigten Staaten wollten sicherstellen, dass gemäss den Vertragsbestimmungen verbotene Raketenteile nicht illegal das Werk einlassen könnten. Eine solche Vertragsverletzung der sowjetischen Seite sei jedoch höchst unwahrscheinlich, fügte er hinzu. Der neue Streit war bekanntgeworden, während Shultz sich auf dem Wege nach Brüssel befand, wo er die Verbündeten der USA vom Ergebnis der jüngsten Genfer Gespräche unterrichtete.

Neutrale Minister legen Entwurf vor

Wien (spk/dpa) Die Aussenminister der neutralen und blockfreien Staaten Europas haben am Freitag in Wien dem Folgetreffen der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE) einen Kompromissvorschlag unterbreitet, um die seit November 1986 tagende Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Die Minister aus neun Ländern, darunter auch Liechtenstein, hatten den Entwurf in zwei Tagen ausgearbeitet. Der österreichische Aussenminister Alois Mock äusserte während der KSZE-Sitzung die Erwartung der neutralen Länder, dass der vorgelegte Entwurf für ein Schlusspapier von allen Vertretungen als Verhandlungsbasis gutgeheissen werde. Auch nach Vorlage des Kompromissvorschlags seien «komplizierte und langwierige Verhandlungen» notwendig, um das Treffen erfolgreich zu beenden.

Neuer Eurocity-Zug Zürich-Innsbruck

Bern (AP) Die Benutzer der schweizerischen Transportunternehmungen müssen sich im Hinblick auf den Fahrplanwechsel am 29. Mai nicht an viele Neuerungen gewöhnen. Wie dem am Freitag erschienenen offiziellen Kursbuch 1988/89 zu entnehmen ist, gibt es im Inlandverkehrsangebot lediglich einige kleinere Anpassungen. Die SBB empfehlen den Reisenden aber dennoch, vor der Abfahrt die neuen Fahrpläne zu konsultieren.

Drei neue Angebote bietet die Bahn im Auslandsverkehr an: So verkehrt ab dem 29. Mai ein neues Eurocity-Zugpaar Zürich-Innsbruck-Zürich. Der Zug mit dem Namen «Pestalozzi» verlässt Zürich um 19.44 Uhr und kommt um 23.49 Uhr in Innsbruck an. In umgekehrter Richtung fährt der Zug um 07.20 Uhr in Innsbruck ab und trifft um 11.26 Uhr in Zürich ein.

Ölverbrauch steigt um rund 1,5 Prozent

Paris (spk/dpa) Der Ölverbrauch dürfte in den Industrieländern 1988 um 1,5 Prozent im Vergleich zu 1987 steigen. Wie die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris in ihrem Ölmarkt-Report berichtet, wird damit der Ölverbrauch nur etwa halb so stark zunehmen wie das Wirtschaftswachstum in den OECD-Mitgliedsländern von rund 3 Prozent.

Im 1. Quartal 1988 wuchs der Ölverbrauch in den Industrieländern um 1,5 Prozent bis 2 Prozent auf annähernd 37 Mio Barrel (je 159 Liter) pro Tag. Diese Zunahme war in erster Linie auf den höheren Verbrauch in Nordamerika zurückzuführen, wo ein besonders harter Winter war. Der Weltverbrauch (ohne Ostblock) dürfte nach IEA-Angaben im 1. Quartal bei rund 50 Mio Barrel pro Tag gelegen haben.

Landesbank senkt Hypothekarzinsen

Die Liechtensteinische Landesbank hat beschlossen, mit Wirkung ab 1. Juli 1988 den Hypothekarzinsatz linear um ¼ Prozent zu senken.

Damit wird der Satz für 1. Hypotheken im allgemeinen Wohnungsbau ab 1. Juli 1988 bei der Landesbank noch 4 Prozent betragen. Hier handelt es sich weltweit wohl um die tiefste Marke. Die Landesbank als Garantin für günstige Hypothekarzinsätze im Fürstentum Liechtenstein freut sich, ihren Schuldner erneut eine Zinssenkung mitteilen zu können. Die letzte Senkung war per 1. Januar 1987 in Kraft getreten. Im weiteren bietet die Landesbank ihren Hypothekarschuldner traditionell den Vorteil, dass die jährliche Zinszahlung per Ende Jahr ohne Verzugszinsberechnung bis 28. Februar des Folgejahres zahlbar ist.

Die Senkung der Aktivsätze macht auch eine Reduktion im Sparbereich notwendig, und zwar linear um ¼ Prozent. So wird u. a. der Zinssatz für normale Sparhefte und Sparkonti ab diesem Datum 3 Prozent und derjenige für Alters- und Jugendsparhefte 3½ Prozent betragen. Diese Zinsreduktion tritt ebenfalls auf dem 1. Juli 1988 in Kraft. Auch die Schweizer Banken haben infolge der sehr liquiden Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt ihre Zinssätze für Spargelder, mehrheitlich per 1. April 1988, um ¼ Prozent gesenkt und gleichzeitig die Senkung des Hypothekarzinsatzes um ¼ Prozent auf neu 5 Prozent per 1. August 1988 beschlossen.

Schöner arbeiten mit LISTA Center

Qualität für gutes Sehen



Federer Brillen Kontaktlinsen Optik - mit der Sie sich sehen lassen können! Grunaustrasse 1 - 9470 Buchs - Telefon 085 / 6 28 18